

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/78

Berlin

21. Dezember 1978

45. Jahrgang

Arbeitsmarktprobleme durch EG-Erweiterung

Für die drei Beitrittsländer Spanien, Portugal und Griechenland ist die volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der erweiterten Gemeinschaft von großer Faszination, denn die Auswanderung von Arbeitskräften in die Europäische Gemeinschaft hat in diesen Ländern bisher die Arbeitsmarktprobleme gemildert. Durch Geldüberweisungen der Gastarbeiter wurde überdies die Zahlungsbilanz der Empfängerländer entlastet. So verknüpfen die drei Mittelmeerländer mit ihrem Beitrittsge such verständlicherweise die Hoffnung, die Gemeinschaft werde — ähnlich wie im Rahmen der ersten Erweiterung — einen ungehinderten Zugang zum EG-Arbeitsmarkt ohne lange Übergangsfristen gewähren.

Dies wird indes im wesentlichen von der Aufnahmefähigkeit der Arbeitsmärkte in den EG-Ländern abhängen. Im Jahre 1976 war der Bestand an ausländischen Arbeitskräften in der Gemeinschaft mit 5,7 Millionen Personen noch recht hoch. Allerdings ist die Tendenz insgesamt stark abnehmend. Mit knapp 2 Millionen ausländischen Arbeitskräften, davon fast 60 vH aus Drittländern, lag die Bundesrepublik Deutschland an der Spitze, gefolgt von Großbritannien und Frankreich. Diese drei Länder beschäftigten mehr als neun Zehntel aller aus Drittländern in die Gemeinschaft gekommenen Gastarbeiter. Richtung und Bedeutung der innereuropäischen Wanderbewegungen der Arbeitskräfte werden durch die folgende Tabelle im einzelnen nachgewiesen.

In Großbritannien stellen von den Ausländern aus Drittländern die Beschäftigten aus den ehe-

maligen Commonwealth-Ländern das größte Kontingent. Im Jahre 1976 waren es 926 000. Aus den neuen Beitrittsländern stammten nur rund 9 vH. An der gesamten Ausländerbeschäftigung Großbritanniens hatten die Iren mit rund 450 000 Personen den größten Anteil. Die Zahl der in Großbritannien beschäftigten Iren war mit dem Beitritt beider Länder zur Gemeinschaft sprunghaft gestiegen. In Großbritannien sind 99 vH aller in der Gemeinschaft arbeitenden Iren beschäftigt.

Die in Frankreich arbeitenden Ausländer kommen zumeist von der Iberischen Halbinsel oder aus Nordafrika. Mehr als zwei Fünftel (Stand 1975) sind Spanier und Portugiesen. Es entspricht traditionellen Bindungen Frankreichs an Nordafrika und dem durch hohen Schutz gekennzeichneten Status der Arbeiter aus dieser Region in Frankreich, daß fast 90 vH der in der Gemeinschaft arbeitenden Nordafrikaner (Algerier, Marokkaner, Tunesier) in Frankreich beschäftigt sind; Spanien und Portugal weisen zusammen einen Anteil von 60 vH auf.

Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland sind — bei allerdings stark geschrumpfter Zahl nach dem Anwerbestopp von 1973 — nach wie vor insbesondere Türken und Jugoslawen. Fast 90 vH aller Türken, die 1976 in der Europäischen Gemeinschaft arbeiteten, waren in der Bundesrepublik beschäftigt. Ihr Anteil an der gesamten Ausländerbeschäftigung der Bundesrepublik lag bei 27 vH. Die drei neuen Beitrittsländer sind demgegenüber mit einer niedrigeren Quote am westdeut-

Ausländerbeschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft 1976

Zahl der Personen und Anteile

Heimat- länder	Beschäftigungs- länder	Belgien	Däne- mark	Bundesrep. Deutschl.	Frank- reich	Irland	Italien	Luxemburg	Nieder- lande	Verein. Königr.	EG insgesamt
		Ende '76	1.1.76	30.9.76	1975	1976	1975	1.10.76	15.12.76	1976	
Belgien		-	160	9 350	22 187	12	771	7 500	17 846	7 500	65 326
Dänemark		700	-	3 123	888	35	360	0	180	2 000	7 286
Bundesrep.Deutschland		10 200	5 189	-	22 189	308	8 955	4 100	12 734	71 000	134 675
Frankreich		38 000	897	42 334	-	240	5 763	7 700	2 000	16 500	113 434
Irland		600	342	954	887	-	177	.	180	452 000	455 140
Italien		90 500	833	279 096	199 235	202	-	10 900	10 000	72 000	662 766
Luxemburg		2 000	5	1 250	1 775	0	41	-	60	500	5 631
Niederlande		17 500	956	46 674	4 438	75	1 543	700	-	10 500	82 386
Vereinigtes Königreich		9 300	4 120	23 395	9 760	.	6 305	300	7 000	-	60 180
EG-Länder zusammen		168 800	12 502	406 176	261 359	872	23 915	31 200	50 000	632 000	1 586 824
Spanien		28 000	689	107 518	203 990	14	2 286	2 100	4 922	37 000	386 519
Portugal		5 500	181	62 328	360 730	22	1 493	12 800	2 166	10 000	455 220
Griechenland		9 150	438	173 097	3 800	9	983	.	538	50 000	238 015
Beitrittsländer zusammen		42 650	1 308	342 943	568 520	45	4 762	14 900	7 626	97 000	1 079 754
Türkei		15 250	5 175	520 989	31 205	44	384	.	17 489	3 000	593 536
Jugoslawien		2 750	4 043	387 222	42 160	8	4 354	600	4 808	4 000	449 945
Algerien		3 000	181	1 427	331 090	0	.	.	.	600	336 298
Marokko		27 000	876	15 435	152 255	0	.	.	7 847	2 000	205 413
Tunesien		4 000	79	10 000	72 980	0	.	.	657	200	87 916
Andere Länder		33 550	15 266	236 703	123 400	1 611	25 623	2 000	11 430	926 205	1 375 788
Drittländer zus.		128 200	26 928	1 514 719	1 321 610	1 708	35 123	17 500	49 857	1 033 005	4 128 650
Insgesamt		297 000	39 430	1 920 895	1 582 969	2 580	59 038	48 700	99 857	1 665 005	5 715 474
Anteile											
Belgien		-	0,2	14,3	34,0	0,0	1,2	11,5	27,3	11,5	100,0
Dänemark		9,6	-	42,9	12,2	0,5	4,9	0,0	2,5	27,4	100,0
Bundesrep.Deutschland		7,6	3,9	-	16,5	0,2	6,6	3,0	9,5	52,7	100,0
Frankreich		33,5	0,8	37,3	-	0,2	5,1	6,8	1,8	14,5	100,0
Irland		0,1	0,0	0,2	0,2	-	0,0	.	0,0	99,5	100,0
Italien		13,7	0,1	42,1	30,1	0,0	-	1,6	1,5	10,9	100,0
Luxemburg		35,5	0,1	22,2	31,5	0,0	0,7	-	1,1	8,9	100,0
Niederlande		21,2	1,2	56,6	5,4	0,1	1,9	0,8	-	12,8	100,0
Vereinigtes Königreich		15,5	6,8	38,9	16,2	.	10,5	0,5	11,6	-	100,0
EG-Länder zusammen		10,6	0,8	25,6	16,5	0,1	1,5	1,9	3,2	39,8	100,0
Spanien		7,2	0,2	27,8	52,8	0,0	0,6	0,5	1,3	9,6	100,0
Portugal		1,2	0,0	13,7	79,3	0,0	0,3	2,8	0,5	2,2	100,0
Griechenland		3,8	0,2	72,8	1,6	0,0	0,4	.	0,2	21,0	100,0
Beitrittsländer zusammen		3,9	0,1	31,8	52,7	0,0	0,4	1,4	0,7	9,0	100,0
Türkei		2,6	0,9	87,8	5,3	0,0	0,0	.	2,9	0,5	100,0
Jugoslawien		0,6	0,9	86,0	9,4	0,0	1,0	0,1	1,1	0,9	100,0
Algerien		0,9	0,0	0,4	98,5	0,0	.	.	.	0,2	100,0
Marokko		13,2	0,4	7,5	74,1	0,0	.	.	3,8	1,0	100,0
Tunesien		4,6	0,1	11,4	83,0	0,0	.	.	0,7	0,2	100,0
Andere Länder		2,4	1,1	17,2	9,0	0,1	1,9	0,2	0,8	67,3	100,0
Drittländer zus.		3,1	0,7	36,7	32,0	0,0	0,9	0,4	1,2	25,0	100,0
Insgesamt		5,2	0,7	33,6	27,7	0,0	1,0	0,9	1,7	29,2	100,0

Anmerkungen: Belgien: Ohne Grenzpendler.- Dänemark: Ohne Grenzpendler und ständige Arbeitnehmer aus den skandinavischen Ländern.- Bundesrepublik: Einschl.Grenzpendler.- Frankreich: Ohne Grenzpendler. Ergebnisse der Volkszählung 1975. INSEE Economie et Statistique Nr.92 Sept.1977. Ergänzende Schätzungen des DIW. Jüngere Daten sind nicht verfügbar.- Irland: Ohne Grenzpendler aus dem Vereinigten Königreich.- Italien: Ohne Grenzpendler. Jahresdurchschnitt 1975. Jüngere Daten sind nicht verfügbar.- Luxemburg: Ohne Grenzpendler.- Niederlande: Einschl.belgische und deutsche Grenzpendler. Die Angaben basieren weitgehend auf Schätzungen der EG-Kommission. Die Gesamtsumme der beschäftigten Ausländer aus Drittländern enthält nur Arbeitsverträge, die für weniger als 5 Jahre abgeschlossen worden sind. - Vereinigtes Königreich: Schätzung des Department of Employment auf der Basis der Volkszählung von 1971. Jüngere Daten sind nicht verfügbar.

Quellen: George Wedell: Implications for Employment and Free Movement of Workers. Beitrag zum Kolloquium des John F. Kennedy Institutes, Tilburg; From Nine to Twelve: Shaping the Enlarged European Community, Okt.1978.
Mouna-Liliane Samman: L'immigration étrangère a pris un caractère plus familial. Economie et Statistique Nr.92 INSEE 1977. Schätzungen des DIW.

Daten zum Arbeitsmarkt in den EG-Ländern und den Beitrittsländern 1976

	Bel- gien	Däne- mark	Bundes- republ. Deutschl.	Frank- reich	Irland	Ita- lien	Luxem- burg	Nie- der- lande	Ver. König- reich	Spanien	Portu- gal	Grie- chen- land
Zivile Erwerbspersonen, Mill.	3,94	2,50	25,62	21,86	1,13	19,66	0,15	4,77	25,71	13,24	4,10	2) 3,25
Arbeitslosenquote	5,7	4,3	4,1	4,5	9,6	3,7	0,1	4,7	5,2	5,3	6,7	.
Anteil der ausländ.Arbeitskräfte an den zivil.Erwerbspersonen - in vH - insgesamt	7,5	1,6	7,5	7,2	0,2	0,3	33,1	2,1	6,5	.	.	.
darunter:												
aus Drittländern	3,3	1,1	5,9	6,0	0,2	0,2	11,9	1,0	4,0	.	.	.
aus Beitrittsländern	1,1	0,1	1,3	2,6	0,0	0,0	10,1	0,2	0,4	.	.	.
EG-Emigrationsrelation ¹⁾	1,7	0,3	0,5	0,5	40,3	3,4	3,8	1,7	0,2	2,9	11,1	7,3

1) In die EG-Länder ausgewanderte Arbeitskräfte (z.T.einschl.Pendler) in Relation zur Gesamtzahl der Erwerbspersonen des Auswanderlandes.- 2) 1971.
Quellen: OECD Labour Force Statistics 2965-2976; Berechnungen des DIW.

schen Arbeitsmarkt vertreten: Knapp 18 vH aller hier beschäftigten Ausländer kamen 1976 aus Spanien, Portugal und Griechenland. Den größten Teil, rund 170 000, stellen die Griechen, die seit jeher vorzugsweise in der Bundesrepublik eine Beschäftigung aufnehmen.

Zahlenmäßig spielen Arbeitskräfte aus den neuen Beitrittsländern noch in Belgien eine größere Rolle. Dort stammte 1976 rund ein Drittel aller Arbeitskräfte, die in Drittländern beheimatet sind, aus Spanien, Portugal und Griechenland. Andererseits ist in Belgien der Anteil der übrigen EG-Länder an der Ausländerbeschäftigung mit fast 60 vH höher als in anderen Ländern der Gemeinschaft. Das größte Kontingent stellten 1976 die Italiener.

Gefahren für den Arbeitsmarkt durch die Erweiterung?

Sowohl in einzelnen Mitgliedsländern als auch in der EG-Kommission bestehen Befürchtungen, daß die Anwendung der Gemeinschaftsbestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte im Zuge der erneuten Erweiterung der Gemeinschaft einen erheblichen Zustrom von Arbeitskräften und zusätzliche Schwierigkeiten in den derzeitigen Mitgliedstaaten auslöst¹. Gestützt werden solche Befürchtungen auch durch Untersuchungen aus den Beitrittsländern selbst. Einer Analyse des Istituto Español de Emigración zufolge² wird sich nach dem Anwerbestopp in den europäischen Industrieländern und der Verschärfung der Arbeitsmarktlage in Spanien dort bis 1979 ein Potential von 400 000 emigrationsbereiten Arbeitskräften angestaut haben. Für die folgenden Jahre rechnet das Institut mit jährlich 140 000 Auswanderungswilligen. Tendenziell gilt dies auch für Griechenland und

Portugal; die Größenordnung des Wanderungspotentials dürfte hier jedoch wesentlich geringer sein.

Ein wesentliches Wanderungsmotiv ist das höhere Lohnniveau der weiter entwickelten EG-Länder. Daneben gibt es mehrere Faktoren, die den Auswanderungsdruck teils verschärfen, teils abfangen dürften, deren Gewicht heute aber noch nicht genau zu bestimmen ist.

Für eine Erschwerung der Arbeitsmarktlage in den Beitrittsländern sprechen vor allem zwei Gründe:

- Die Eingliederung dieser Länder in die Zollunion der Gemeinschaft und die Anwendung der gemeinsamen Wettbewerbsregeln könnten dazu führen, daß zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen, die häufig — vor allem in Griechenland — als Familienbetriebe geführt werden, einem härteren Wettbewerb ausgesetzt werden.
- Zur Konkurrenz aus der Gemeinschaft wird in den neuen Beitrittsländern die jener Entwicklungsländer kommen, die mit der EG verbunden sind und deren Warenangebot von den Märkten der Beitrittsländer bisher noch durch hohe Zollmauern weitgehend ferngehalten wird.

Andere Faktoren dürften für eine Entschärfung des Auswanderungsdrucks sorgen:

- Die Übernahme der Stützungsmechanismen der EG-Agrarpolitik wird dafür sorgen, daß die land-

¹ Vgl. z. B. Stellungnahme zum Beitrittsgesuch Portugals. Kommission der EG. Beilage 5/1978 zum Bulletin der EG, S. 16.

² Vgl. Stefan A. Musto: Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft: Folgen und Probleme: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1977, S. 114 ff.

wirtschaftlichen Betriebe, die in allen drei Beitrittsländern noch einen großen Stellenwert haben, zunächst nicht unter harten Konkurrenzdruck geraten. Zwar liegt das landwirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern weit unter dem Durchschnitt der EG-Landwirtschaft. Dies ist nicht zuletzt auf die Überbesetzung des landwirtschaftlichen Bereichs mit Erwerbstätigen zurückzuführen. Auf lange Sicht ist hier deshalb mit Freisetzungseffekten zu rechnen, die aber, wie das Beispiel der ursprünglichen EG-Länder zeigt, durch die Agrarstützung verringert werden.

- Soweit die Erweiterung die gewünschte Belebung der Wirtschaftstätigkeit in den Beitrittsländern in Gang bringt, wird im Zuge der Industrialisierung die Nachfrage nach Arbeitskräften auf den heimischen Arbeitsmärkten steigen.

Bei Abwägung dieser Einflußfaktoren dürfte damit zu rechnen sein, daß in den ersten Jahren des Beitritts ein dauernder Auswanderungsdruck in den Beitrittsländern herrschen wird, da sich im industriellen Bereich dieser Länder erst wettbewerbsfähige Angebotsstrukturen herausbilden müssen, ehe sich Mengeneffekte der Markterweiterung für Erzeugnisse aus den neun Mitgliedstaaten einstellen.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß sich die Gemeinschaft diesem Druck soweit beugen wird, daß sie Griechenland, Spanien und Portugal mit dem Zeitpunkt des Beitritts die volle Freizügigkeit einräumt. Denn auf absehbare Zeit ist schon aufgrund der demographischen Entwicklung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft keine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu erwarten. Die EG-Kommission erwartet infolge der zunehmenden Frauenerwerbs-

tätigkeit und der demographischen Veränderungen eine Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen von 1975 bis 1985 um 9,7 Millionen, bis 1995 sogar um knapp 16 Millionen³. Auch wenn diese Schätzung überhöht erscheint, sind bei einem Sockel der Arbeitslosigkeit in den EG-Ländern in Höhe von 5,7 Millionen im Jahre 1977 erhebliche beschäftigungspolitische Anstrengungen vonnöten. Die EG-Länder werden daher einer Gemeinschaftsregelung kaum zustimmen, durch die diese Probleme noch verschärft würden. Selbst für bilaterale Vereinbarungen wird wenig Spielraum bleiben.

Aufgrund der traditionellen Beziehungen und der Größe des nationalen Arbeitsmarktes wären vor allem Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien zu bilateralen Vereinbarungen aufgerufen. Im Falle Frankreichs sind die Chancen für solche Verträge mit Spanien und Portugal aber als gering anzusehen, weil sie eine Benachteiligung der nordafrikanischen Länder bringen würden, zu denen Frankreich enge Bindungen hat. Ähnliches gilt für Großbritannien, das sich den Ländern des ehemaligen Commonwealth noch verpflichtet sieht und darüber hinaus zu den Ländern mit der höchsten Arbeitslosenquote zählt. Die Bundesrepublik Deutschland wiederum würde im Falle einer Vereinbarung mit Griechenland kaum darum herumkommen, auch den Arbeitsmarkt gegenüber der Türkei stärker zu öffnen, so daß ein doppelter Einwanderungsdruck entstünde. Griechenland, Spanien und Portugal werden mithin ihre Beschäftigungsprobleme nicht über Arbeitskräftewanderungen im Zuge des Beitritts lösen können.

³ Vgl. Commission of the EEC, The Economic Implications of Demographic Change in the European Community: 1975 - 1995, Brussels 1978.

Allmähliche Belebung der Ausfuhr

Die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland ist in den Herbstmonaten merklich gestiegen, nachdem sie im Sommer nahezu stagniert hatte. Getragen wurde diese Beschleunigung von vermehrten Lieferungen industrieller Vorprodukte und Verbrauchsgüter; die Ausfuhr von Investitionsgütern haben sich dagegen nur leicht belebt. Weniger kräftig als die Ausfuhr hat die Einfuhr zugenommen. Der langsame Einfuhranstieg erklärt sich mit der anhaltend schwachen Nachfrage nach Rohstoffen und industriellen Vorerzeugnissen; die Einfuhr von Enderzeugnissen ist seit dem Frühjahr deutlich gestiegen.

Der Handelsbilanzsaldo hat sich bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr erhöht; bei erneuter leichter Verbesserung der Terms of Trade real allerdings weniger als nominal. Da die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz zusammen betrachtet saisonbereinigt kaum höher gewesen sind als im Vorquartal, spiegelt sich in der Entwicklung des Leistungsbilanzüberschusses im dritten Quartal (Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) insbesondere die Aktivierung des Warenhandels mit dem Ausland wider.

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland

Jahr Halbjahr Vierteljahr	A u s f u h r 1)				E i n f u h r 1)				Außen- beitrag 2)	Ober- tragun- gen 3)	Lei- stungs- bilanz- saldo 4)	Nachr.: Terms of Trade 5)	
	Insgesamt		Waren	Dienste	Insgesamt		Waren	Dienste					
	Mrd.DM	Veränd. in vH 6)	Mrd.DM		Mrd.DM	Veränd. in vH 6)	Mrd. DM			Index			
Zu jeweiligen Preisen													
1975	272,5	-1,3	219,6	52,9	242,7	4,3	178,7	64,0	29,8	-19,6	10,2	99,0	
1976	311,8	14,4	252,7	59,1	282,2	16,3	213,2	69,0	29,6	-20,3	9,3	97,3	
1977	329,2	5,6	268,3	60,9	300,6	6,5	224,7	75,9	28,6	-20,8	7,8	96,9	
1977 1.Hj.	160,1	7,2	131,9	28,2	146,0	8,8	111,6	34,4	14,1	-10,0	4,0	96,1	
2.Hj.	169,1	4,1	136,4	32,7	154,6	4,4	113,1	41,5	14,5	-10,8	3,8	97,6	
1978 1.Hj.	168,2	5,1	136,5	31,7	149,9	2,7	114,4	35,5	18,3	-11,8	6,5	98,7	
1977 I	78,2	7,7	65,2	13,0	71,6	10,4	55,0	16,6	6,6	-4,6	2,0	96,7	
II	81,9	6,8	66,7	15,2	74,4	7,2	56,6	17,8	7,5	-5,4	2,1	95,6	
III	80,7	2,9	64,3	16,4	79,8	7,5	55,4	24,4	0,9	-5,7	-4,8	97,0	
IV	88,4	5,1	72,1	16,3	74,8	1,3	57,7	17,1	13,6	-5,1	8,5	98,2	
1978 I	81,8	4,6	66,1	15,7	72,9	1,8	55,5	17,4	8,9	-6,0	2,9	99,6	
II	86,4	5,5	70,4	16,0	77,0	3,5	58,9	18,1	9,4	-5,8	3,6	100,0	
III	84,5	4,7	67,1	17,4	81,6	2,3	56,4	25,2	2,9	-5,5	-2,6	99,9	
Zu Preisen von 1970													
1975	201,9	-6,0	164,3	37,6	178,1	3,5	132,9	45,2	23,8				
1976	224,5	11,2	183,0	41,5	197,8	11,1	149,6	48,2	26,7				
1977	233,2	3,9	192,5	40,7	206,3	4,3	155,3	51,0	26,9				
1977 1.Hj.	113,6	5,0	94,5	19,1	99,6	4,8	76,2	23,4	14,0				
2.Hj.	119,6	2,9	98,0	21,6	106,7	3,8	79,1	27,6	12,9				
1978 1.Hj.	118,7	4,5	97,9	20,8	105,6	6,0	82,5	23,1	13,1				
1977 I	55,8	5,3	47,0	8,8	49,4	6,9	38,0	11,4	6,4				
II	57,8	4,8	47,5	10,3	50,2	2,9	38,2	12,0	7,6				
III	56,9	1,7	45,9	11,0	54,6	6,6	38,2	16,4	2,3				
IV	62,7	3,9	52,1	10,6	52,1	1,0	40,9	11,2	10,6				
1978 I	57,8	3,6	47,4	10,4	51,3	3,8	40,0	11,3	6,5				
II	60,9	5,4	50,5	10,4	54,3	8,2	42,5	11,8	6,6				
III	59,0	3,7	47,6	11,4	56,9	4,2	40,7	16,2	2,1				

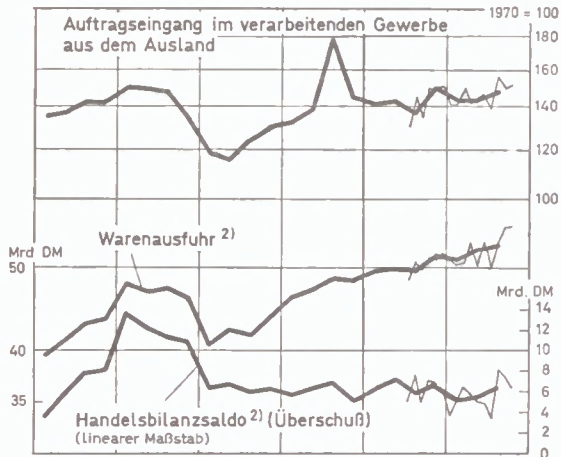
1) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.- 2) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.-
3) Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben.- 4) Außenbeitrag abzüglich Saldo der Übertragungen.-
5) Ausführpreise in vH der Einfuhrpreise; Basisjahr 1970 = 100.- 6) Gegenüber der Vorjahrszeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

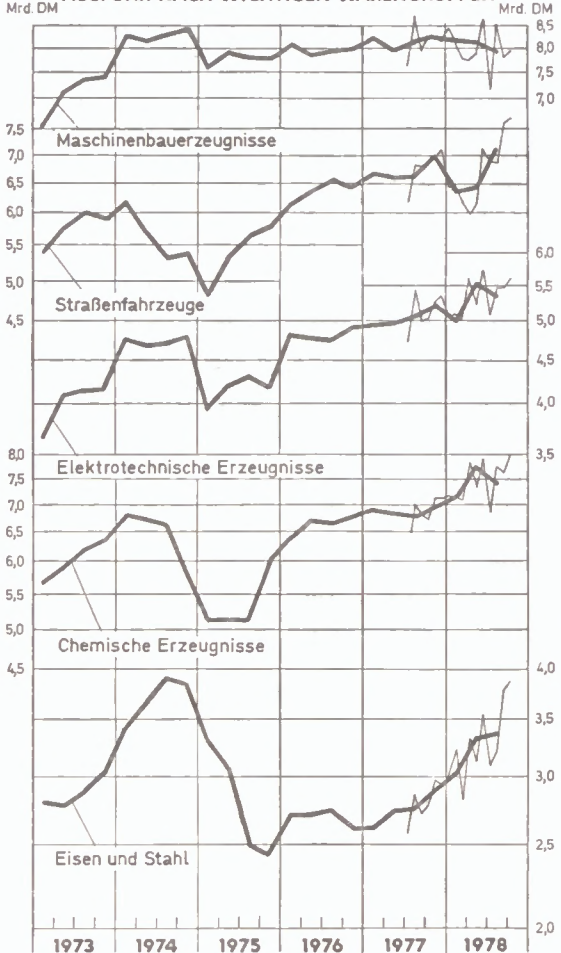
ZUR AUSFUHRENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saison- und preisbereinigte Werte ¹⁾

— Vierteljahreswerte — Monatswerte
logarithmischer Maßstab



AUSFUHR NACH WICHTIGEN WARENGRUPPEN ³⁾



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾ Spezialhandel, in Preisen von 1970. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Spezialhandel (Industriestatistik), in Preisen von 1970. Anteil der Warengruppen an der gesamten Ausfuhr im Jahre 1977 59 vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

DIW 78

Unterschiedliche Exporterfolge in wichtigen Branchen

Die Aufwärtsentwicklung der Ausfuhr in den Monaten September/Oktober überzeichnet vermutlich die tragende konjunkturelle Tendenz. Deshalb wird in der folgenden Betrachtung die Entwicklung in der Zeit Juli bis Oktober zugrunde gelegt. Kräftig gestiegen ist in diesem Zeitraum, verglichen mit den Ergebnissen der davor liegenden vier Monate, preis- und saisonbereinigt der Export von zwei Branchen: der Eisen- und Stahlindustrie sowie des Straßenfahrzeugbaus. Der hohe Zuwachs bei Straßenfahrzeugen ist indes auch vor dem Hintergrund des durch den Streik in der Metallindustrie bedingten Rückgangs der Lieferungen in der Vorperiode zu sehen. In der EBM- sowie der Textilindustrie, die ebenfalls zu den wichtigen Exportbranchen der Bundesrepublik zählen, hat sich das Exportvolumen im Berichtszeitraum saisonbereinigt nur leicht erhöht. Kaum noch zugenommen hat der Export von elektrotechnischen sowie von chemischen Erzeugnissen. Weiter rückläufig — wenn auch abgeschwächt — waren die Ausfuhren des Maschinenbaus; im Berichtszeitraum wurde dabei das Exportvolumen der Vorjahrsperiode um 3 vH unterschritten. Der Export von Büromaschinen war sogar um 21 vH geringer als vor Jahresfrist.

Kräftiger Anstieg des Exports in die westlichen Industrieländer

Die Konjunkturbelebung bei wichtigen europäischen Handelspartnern begünstigte die Entwicklung des deutschen Exports. In die westlichen Industrieländer war er im Durchschnitt der Monate Juli bis Oktober um etwa 4 vH höher als in den vorangegangenen vier Monaten. Unter den EG-Ländern sind die Exporte nach Belgien-Luxemburg, Italien und Dänemark überdurchschnittlich gestiegen. Die Ausfuhren nach Frankreich und in die Niederlande — die größten Abnehmerländer deutscher Waren — sind dagegen nicht ausgeweitet worden; das Vorjahrsniveau wurde dabei nur wenig überschritten. Kräftig erhöhten sich auch die Lieferungen nach Großbritannien; sie lagen im Berichtszeitraum um 16 vH über dem Vorjahrsniveau. Expansiv waren außerdem die Exporte in die Schweiz, obwohl auch in diesem Land die konjunkturelle Entwicklung nur verhalten war. Im Berichtszeitraum lagen die Ausfuhren in die Schweiz um knapp 18 vH über dem Vorjahrsniveau. Insgesamt profitierten diese Exporte wohl von der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken. Nach Schweden haben die Ausfuhren zum ersten Mal in diesem Jahr kräftig zugenommen; allerdings lagen sie noch um knapp 10 vH unter dem Vorjahrsniveau. Dagegen ist der Anstieg der Ausfuhr in die USA zum

Stillstand gekommen. Die fortdauernde kräftige Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar scheint bremsend gewirkt zu haben.

In die nicht Erdöl fördernden Entwicklungsländer ebenso wie in die OPEC-Länder sind die Lieferungen im Berichtszeitraum nicht erhöht worden. Die Exporte in die Staatshandelsländer waren saisonbereinigt leicht rückläufig. Seit Ende 1974 ist hier bei geringen Schwankungen keine Exportzunahme mehr zu verzeichnen. Da die Ausfuhr in diese Ländergruppe zu rund zwei Dritteln aus Fertigwaren-Enderzeugnissen besteht, deren Preise im Zeitraum von 1974 bis 1978 um rund 20 vH gestiegen sind, ist der reale Export dorthin deutlich zurückgegangen.

Vermehrte Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen

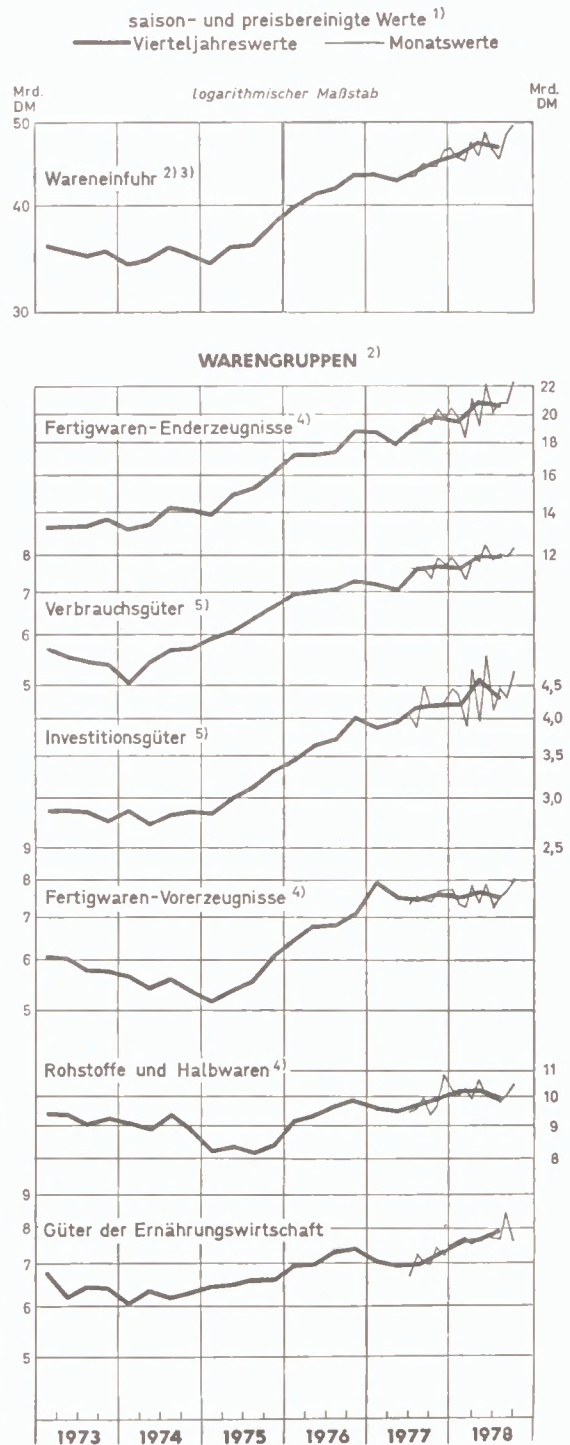
Die Bezüge von Fertigwaren-Enderzeugnissen, die inzwischen mit rund 44 vH am gesamten Einfuhrvolumen beteiligt sind, haben im Berichtszeitraum beschleunigt zugenommen. Allerdings sind nur die Importe von Verbrauchsgütern kräftig gestiegen; die Einfuhr von Investitionsgütern hat stagniert. Profitiert haben von diesem Importanstieg unter den westlichen Industrieländern hauptsächlich Italien, Großbritannien, die Schweiz und die USA.

Das Einfuhrvolumen von industriellen Vorprodukten blieb im Berichtszeitraum saisonbereinigt unverändert. Die Erdölbezüge sind mengenmäßig weiterhin mit nur geringem Tempo gestiegen; bei sinkenden DM-Preisen sind sie wertmäßig noch stärker geschrumpft als in der Vorperiode. Demzufolge haben die nominalen Einfuhren aus den OPEC-Ländern, die zu rund 94 vH (1977) aus Erdöl bestehen, ebenfalls deutlich abgenommen. Die Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) konnten ihre Lieferungen in die Bundesrepublik nicht erhöhen. Kräftig ausgeweitet wurden die Einfuhren aus den Staatshandelsländern; dies gilt insbesondere für die Bezüge aus der Sowjetunion, von wo vor allem Erdölprodukte und chemische Vorzeugnisse vermehrt gekauft wurden.

Ausblick

Die gestiegenen Auftragseingänge aus dem Ausland und die Konjunkturerholung in den westeuropäischen Partnerländern signalisieren für die kommenden Monate einen weiteren Exportanstieg, der vor allem von den Erzeugnissen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sowie des Verbrauchsgütergewerbes getragen wird. Die jüngsten Daten des Auftragsingangs aus dem Ausland zeigen aber nun auch für Investitionsgüter eine Aufwärtstendenz, die allerdings kaum zu Mehrlieferungen noch in diesem Jahre

ZUR EINFUHRENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — 2) Spezialhandel. — 3) In Preisen von 1970. Zusätzlich arbeitsmäßig bereinigt. — 4) Gegliedert nach dem Verarbeitungsgrad. — 5) Nach ihrer überwiegenden Verwendungsart ausgewählte und abgegrenzte Waren; hauptsächlich Fertigwaren-Enderzeugnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 78

führen wird. Im ganzen Jahr 1978 wird der reale Export von Waren und Diensten nicht stärker steigen als im Vorjahr (1977: knapp 4 vH), da das bis zum Herbst äußerst schwache Tempo den Jahresdurchschnitt erheblich belastet.

Die Einfuhr dürfte weiterhin von der Nachfrage nach Fertigwaren-Enderzeugnisse bestimmt werden. Auch wieder steigende Importe von Vorerzeugnissen (Erdöl) werden zum weiteren Anstieg beitragen. Die reale

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen wird im Jahresdurchschnitt 1978 das Vorjahrsergebnis um rund 6 vH übertreffen.

Bei dieser Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr im Jahr 1978 wird der reale Außenbeitrag um etwa 4 Mrd. DM hinter dem Niveau des Vorjahres zurückbleiben; in nominaler Rechnung wird der Außenbeitrag wegen der verbesserten Terms of Trade dagegen um 5 Mrd. DM höher sein als 1977.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 11. 1. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Arbeitsmarktp Probleme durch EG-Erweiterung bearbeitet von Peter Hrubesch. — *Allmähliche Belebung der Ausfuhr* bearbeitet von Herbert Lahmann.
Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.